„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 22. April 1925 | 12 Seiten | Nummer 24

Minister Dr. Uhrich über das Recht der Minderheiten

Ansprachen von Attorney General Croß und McUiven, M. L. A., in Regina.

Diskussion über Schule und Muttersprache.

Regina. — In einer von der liberalen Partei einberufenen gutbesuchten Versammlung in der Gleisinger Halle zu Regina wurde am Donnerstag, 16. April, die Gründung der liberalen Vereinigung des Ostendes vorgenommen und deren Vorstandschaft sowie Exekutive gewählt. Vorsitzender ist John Tretter; stellvertretende Vorsitzende sind Jakob Novaski, Tonck McRadu und D. B. Kliman; Schriftführer und Kassierer John Sidler. Der Exekutive gehören an: Phil. Busch, J. Sudu, M. Solomon, Frank Muchowski, J. Dominas, J. Cornet, Karl Molter, Hans Schumacher, J. W. Ehmann, A. Simon, M. Achzehner, J. J. Bergl, A. Tell, H. Isman, J. Gordon, J. Weslowski, P. Koschir, S. Pukis, Mike Gasper, Ben Lawrence, J. Galecher, John Brodt, J. Kuhlmann; John Kochli, John Kollmel, Peter Wittal, P. P. Schmidt, Andr. Thauberger, Henry Burghardt, H. Römermann, Jos. Nerlinger, Mr. Gevastaikor, Mr. Rustick, M. Thomas, Frank Ait, H. Bartel, H. Stürmer, Joh. Mayer, Joh. Hensen, Jakob Hahn, Ernst Streochel, Wm. Pape, Geo. Kangles, F. D. Dawson, John Howard, T. A. M. Gutlsoule, Stewart Gibson, Ad. Rößler, C. Flick, W. Tocjack, D. Ehmann, Andr. Müller, Sam Kapcuc, D. Machusovitch, F. Dummer, Antos Ritter, Jos. Oberhöfner, Henry Kipler, P. Molter, Ph. Pfasch.

Nach den einleitenden Worten des Versammlungsleiters, H. Schumacher, hielt der Attorney General, Hon. J. A. Croß, eine Ansprache über die Stellung der Regierung zu verschiedenen wichtigen Fragen. Zunächst brachte er einige persönliche Empfehlungen vor, meinte, man solle den Krieg vergessen, und sich daran erinnern, daß die liberale Partei immer für Recht und Gerechtigkeit kämpfe. Ziemlich eingehend befaßte sich Hon. Croß mit der Alkoholfrage, zumal er ja selbst der Schöpfer des neuen Gesetzes ist, das die Prohibition beseitigt hat. Er schilderte kurz den Gang der Dinge bis zur Verabschiedung des neuen Gesetzes, das aber die Alkoholfrage nicht endgültig lösen könne. Doch möge man dem neuen Gesetz eine Probezeit einräumen und dann erst ein abschließendes Urteil darüber fällen. Im Zusammenhange mit der Prohibition seien auch Anklagen gegen die Polizei erhoben worden, die jedoch ungerechtfertigt seien. Man möge daher in solchen Fällen mehr Gewissenhaftigkeit und Wahrheitsliebe an den Tag legen. Die an Premier Dunning hinsichtlich seiner Finanzverwaltung geübte Kritik sei gleichfalls unbegründet. Er sei wohl der fähigste Mann an der Spitze eines Finanzministeriums in Canada. Auf die Massen- und Religionsfrage bezugnehmend, bemerkte Hon. Croß, die Gesetze seien genügend frei und böten Gelegenheit zu einer gemeinschaftlichen Arbeit aller auf gleichem Boden. Canada und Saskatchewan gewährtem jedem gleiches Recht und gleiche Freiheit.

Als nächster ergriff D. A. McNiven, Legislaturabgeordneter für Regina, das Wort. Er meinte, es habe seinen guten Grund, daß die Liberalen bisher immer eine so starke Unterstützung in Saskatchewan und in Canada gefunden haben. Der Name Wilfrid Laurier allein genüge, um ein triftiges Grund dafür ins Feld zu führen. In diesem Zusammenhang kam er auch auf die Einwanderungsfrage zu sprechen, um dann die Arbeit des Attorney General zu würdigen, auf den Premier Dunning stolz sei, wie er selbst kürzlich erklärt habe.

Hatten schon die beiden ersten Redner lebhaften Beifall geerntet, so verstärkte sich dieser zu einem warmen Sturme, als

Minister und Provinzialsekretär Hon. Dr. J. M. Uhrich

nach Beendigung der Wahlgeschäfte vortrat, um in glänzender Rede die Politik der liberalen Regierung zu verteidigen und auch in anderer Hinsicht sehr beachtenswerte Gedanken auszusprechen. Die erste Frage, die ein Wähler stelle, sei: Was hat die

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Vereinfachung des Eisenbahnverkehrs

Verdoppelung durch C. N. R. und C. P. R. soll vermieden werden.

Montreal. — Ein sehr begrüßenswerter Fortschritt ist die geplante Vereinfachung des canadischen Eisenbahnverkehrs, während bisher C. P. R. und C. N. R. in ihrem Konkurrenzkampf oftmals eine Verdoppelung des Dienstes in Kauf nahmen, obwohl sie im Grunde genommen dadurch nichts gewannen, sondern beide Einbußen erlitten und sich gegenseitig hinderlich im Wege standen.

E. W. Beatty, der Präsident der C. P. R., erklärt dazu: „Die Canadian Pacific Railway ist vollkommen bereit dazu, die Eisenbahnverhältnisse des Landes so zu regeln, daß dadurch eine unwirtschaftliche Verdoppelung der Dienste, wo sie besteht, beseitigt wird. Obwohl der Zugsverkehr dieser Gesellschaft sich seit dem Kriege nur wenig geändert hat, bemühen wir uns unter den vorhandenen verringerten Transportbedingungen, mit ganzer Kraft an der Regelung der Situation in einer Weise mitzuwirken, die den besten Interessen Canadas dienen wird. Unter Berücksichtigung des Gesagten sind zwischen Sir Henry Thornton und mir gewisse Vorschläge in Erwägung, welche hoffentlich befriedigende Ergebnisse erzielen wird."

Eine Erklärung von Sir Henry Thornton lautet folgendermaßen: „Ich bestätige die von E. W. Beatty, dem Präsidenten der Canadian Pacific Railway, gemachte Mitteilung vollständig hinsichtlich der Zusammenarbeit unserer beiden Gesellschaften und ich erwidere die von ihm zum Ausdruck gebrachten Gefühle herzlich. Der Gegenstand ist zwischen Beatty und mir seit einigen Monaten besprochen worden und erst kürzlich unterbreitete ich ihm definitive Vorschläge, die, wie er sagt, in Erwägung gezogen werden. Ich hoffe wie er, daß befriedigende Ergebnisse folgen werden."

Ottawa. — Eisenbahnminister Hon. P. C. Graham verspricht, alles zu tun, was in seiner Macht liegt, um ein brauchbares Resultat zwischen den beiden Gesellschaften zu erreichen, aber die praktische Aktion müsse von den Präsidenten ausgehen.

Weizenpreise und das Gesetz von Angebot und Nachfrage

„Der furchtbare Zusammenbruch des Weizenpreises von $1.80 war ganz unbegründet," erklärte D. L. Smith, der Leiter der Verkaufsabteilung der Zentralagentur der westkanadischen Wheat Pools, in einer kürzlichen Mitteilung an die Presse. „Die Weltlage ist derart, daß jeder Bushel Weizen in diesem Lande mindestens um 25 Cents mehr wert ist als die jetzigen Marktpreise aus Winnipeg und Chicago melden."

Von London war eine Radiomeldung eingetroffen, nach der der Preissturz auf dem Winnipeger Markt „den ersten Verkäufen durch die canadischen Wheat Pools" zuzuschreiben sei, obwohl die Pools an dem in Frage stehenden Tag kein Pfund Weizen verkauft haben.

Smith erklärte ferner: „Mächtige Interessenkreise versuchen, nur die Weizenpreise zu brechen, falsche Berichte über die canadischen Wheat Pools, anscheinend mit der Absicht, den Markt noch weiter zu demoralisieren. Man konnte nach der Aktion dieser Kreise glauben, daß wir von Europa nicht einen solch hohen Preis für unseren Weizen erzielen wollen."

Die alte Geschichte, daß Angebot und Nachfrage die Preise auf den Märkten von Winnipeg und Chicago regulieren, wies Smith in das Gebiet der Fabel, indem er sagte, die Wheat Pools hätten Nachfragen von allen Höfen Großbritanniens vor dem 30. März, wonach man dort bereit gewesen wäre, annähernd eine Million Bushel auf der Grundlage von $1.62 aufgestapelt in Fort William zu kaufen. Am gleichen Tage schloß der Markt in Winnipeg mit $1.49½, also um über 12 Cents weniger per Bushel als man an jenem Tage in Europa für Manitoba Weizen zu zahlen bereit war.

Brand auf C.P.-Dampfer „Montlaurier"

Liverpool, 20. April. — Ein Feuer, welches auf dem Dampfer „Montlaurier" der Canadian Pacific Linie ausbrach und großen Schaden anrichtete, ist spät unter Kontrolle gebracht worden. Eine Anzahl Feuerwehrleute wurde im Kampf mit den Flammen von Gas überwältigt, doch erholten sich alle mit Ausnahme eines einzigen, der nach einem Hospital gebracht werden mußte. Ausgedehnte Reparaturarbeiten waren vor den dem Dampfer, der in Birkenhead an der anderen Seite des Mersey an seinem Dock lag, fertiggestellt worden, als das Feuer in einer der Kajüten der dritten Klasse zum Ausbruch kam. Von den Docks und dem Dampfer „Inca" aus bekämpfte die Feuerwehr das entfesselte Element und warf gewaltige Wasserströme auf die weißglühenden Platten des brennenden Dampfers. Riesige Rauchwolken hüllten den Dampfer ein und aus dem Innern drangen gefährliche Gasschwaden, so daß es beinahe unmöglich war, an den Ozeanriesen heranzukommen. Der Schaden wird auf $350,000 geschätzt. Die Ursache des Feuers ist bisher nicht ermittelt worden.

18jähriger Räuber zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Kansas City, Mo., 17. April. — Der 18 Jahre alte Pete Carolla wurde heute des Raubes im ersten Grade schuldig befunden und zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt. Carolla hatte am 4. Mai 1923 einem Biesigen Barbier um Juwelen und Geld im Gesamtwerte von $1500 beraubt.

Vater und Sohn als Doppelmörder hingerichtet

Raleigh, N. C., 17. April. — Der 51 Jahre alte Charles W. Stewart und sein 23jähriger Sohn Elmer Stewart büßten heute im elektrischen Stuhl mit ihrem Leben für einen Doppelmord, den sie im vergangenen Jahre in Brunswick County begingen. Der Vater mußte den Stuhl zuerst besteigen und wurde für tot erklärt, nachdem der Strom dreimal angedreht war. Zwei Stromleitungen waren nötig, um den Sohn hinzurichten.

gegen Caillaux die Strafverfolgung eingeleitet.

Eine mächtige Anklageschrift sollte beweisen, daß Caillaux eine Aera der deutsch-französischen Annäherung herbeiführen wollte und daß er im Kriege eine Friedenspolitik befürwortet habe. Die Klage lautete auf Landesverrat. Der Prozeß endete im Jahre 1920 mit der Verurteilung zur Landesverweisung.

Vier Jahre nach dem Ende des Prozesses trat die neue große Wendung im Leben Caillaux' ein. Im Juli vorigen Jahres wurde er durch das Amnestiegesetz rehabilitiert.

Das neue französische Kabinett

Caillaux wieder am Staatsruder.

Paris, 20. April. — Paul Painleve gelang die Zusammenstellung seines Kabinetts, er benachrichtete darauf Präsident Daumergue von seinem Erfolg. Die letzten Stunden der Aufgabe brachten solche Schwierigkeiten, daß die Hoffnung auf eine Verständigung nahezu aufgegeben war. Allein, abgesehen von der Bildung eines Ministeriums, wurde auch ein Einvernehmen über ein Regierungsprogramm erzielt. Dies schließt Pläne zur Regelung der Kriegsschulden mit den Vereinigten Staaten und Britannien ein.

Painleve übernimmt außer dem Vorsitz auch den Posten des Kriegsministers. Briand wurde Auslandminister und Joseph Caillaux erhielt die Leitung der französischen Finanzen. Das einzige Mitglied des früheren Ministeriums, das bleibt, ist der vormalige Finanzminister de Monzie. Der Sturz der Regierung von Herriot wird ihm zum Teil zugeschrieben. Er wird Minister für öffentlichen Unterricht.

Das Kabinett besteht aus:

Premier und Kriegsminister: Paul Painleve; Auswärtige Angelegenheiten: Aristide Briand; Finanzen: Joseph Caillaux; Justiz und Vizepräsident des Kabinetts: Jules Steeg; Oeffentlicher Unterricht: Anatole De Monzie; Inneres: Senator Schramek; Handel: Charles Chaumet; Flotte: Emile Borel; Kolonien: Andre Hesse; Landwirtschaft: Jean Durand; Oeffentliche Werke: Pierre Laval; Arbeit: Antoine Durafour; Verwüstete Gegenden: Pierre Deyris; Pensionen: Louis Anteriou.

Caillaux kehrt auf Posten zurück, den er vor 11 Jahren verlassen mußte.

Es ist bekannt, daß Caillaux ein entschiedener Gegner einer Kapitalsabgabe, wie die geplant gewesene Konfiskation eines Teiles des Privatvermögens bezeichnet wird, ist. Er hat sich zur Wiederherstellung der französischen Finanzen einen eigenen Plan zurechtgelegt, dessen Einzelheiten nicht bekannt sind. Doch soll die Einführung neuer und die rigorose Einhebung aller bestehenden Steuern die Grundlage seines Planes sein. Mit Caillaux Namen sind die ersten energischen Versuche verknüpft, die Einkommensteuer in Frankreich durchzusetzen, die für die Ordnung der französischen Finanzen so wesentlich war. Jene Zeit erinnert aber auch an die schicksalsschwersten Stunden im Leben Caillaux.

Eben stand er als Finanzminister des Ministeriums Doumergue, dessen Chef der heutige Präsident der Republik war, an der Arbeit im Dienst der wichtigen, von ihm angeregten Steuerreform, als eines Tages seine Frau im Redaktionslokal des „Figaro" erschien — der den Kampf gegen die Einkommensteuer unter allen Blättern am heftigsten führte und vor persönlichen Angriffen Caillaux' und dessen Gattin nicht zurückschreckte — und den Herausgeber des Blattes durch einen Revolverschuß niederstreckte. Der Finanzminister eilte zur Polizei und hier sah er seine Gattin wieder, die durch dieses Attentat den Verleumder ihres Mannes treffen wollte, aber mit ihm vor allem ihren Gatten selbst traf. Noch am selben Tage gab Caillaux seine Demission.

In der entscheidenden Zeit Frankreichs fehlte Caillaux in den Reihen der politischen Kämpfer. Er, der Sohn eines orleanistischen Großgrundbesitzers, war im Laufe von 15 Jahren, einer großartigen Karriere für die Linke zu einer Kraft ersten Ranges geworden, deren Ausscheiden damals stark zu fühlen war. Die Geschworenen sprachen seine Gattin frei, aber als der Krieg ausgebrochen war, als Clemenceau im Jahre 1916 die Regierung übernahm, da wurde

Drei Kandidaten für deutsche Präsidentenwahl

Hindenburgblock bittet um Geldspenden.

Berlin, 20. April. — Nur drei Kandidaten werden auf dem Wahlzettel während der nächsten Präsidentenwahl am 26. April erscheinen. Es sind dies Feldmarschall von Hindenburg, Kandidat der vereinigten Rechtsparteien, Dr. Wilhelm Marx, der Repräsentant des Volksparteiblocks, und Ernst Thalmann, Kandidat der Kommunisten.

Obwohl während der Wahl am 29. März sich nur 26,856,000 Wähler beteiligten, muß der Wahlkommissar der Reichsregierung 38,887,000 Wahlzettel anfertigen lassen, da im ganzen Reiche soviele Personen auf den Wählerlisten aufgeführt werden.

Dr. Marx sagte während eines Banketts in einer Rede: „Die innerökonomische Entwicklung in Deutschland hängt von dem Ausfalle der Wahl ab. Mächtige Kreise außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches würden die Möglichkeit eines Wechsels in der Politik Deutschlands als wirksames Agitationsmittel willkommen heißen. Außerdem gibt es im Auslande mächtige Geschäftsgruppen, denen es darum zu tun ist, den kaum beseitigten Verdacht den ihnen ein gefürchteter Wettbewerb entlockt wieder wachzurufen."

Dr. Marx betonte, daß die innere Lage Deutschlands immer noch in großem Maßstabe auf Hilfe aus dem Auslande angewiesen sei und daß ein Kräftezerfall zusammengehen mit dem Auslande auf der Bahn zur Freiheit nicht vermieden werden könne.

Der Block der vereinigten Rechtsparteien erließ eine Proklamation, in welcher erklärt wird, daß der Block eine Organisation von Industriellen und Kapitalisten sei. „Die Kandidatur des Generalfeldmarschalls von Hindenburg," heißt es in der Proklamation, „wird von Wählern ohne Rücksicht auf die Partei, der sie angehören, unterstützt, sowie einer Neubrut des deutschen Volkes. Wir erwarten, daß jeder Feldmarschall von Hindenburg Erwählung finanziell und mit besten Kräften unterstützt und wir hoffen, daß, wer immer über Mittel verfügt, angemessene Beträge für den Zweck spendet. Jeder Pfennig, der für die Erwählung von Hindenburgs beigesteuert wird, wird das Vaterland um einen weiteren Schritt dem Frieden näher bringen."

Das politische Bekenntnis von Wilhelm Marx.

Königsberg, 20. April. — Dr. Wilhelm Marx, der Präsidentschafts-Kandidat der Weimarer Koalition, die sich aus Zentrum, Demokraten und Sozialisten zusammensetzt, eröffnete hier seine Kampagne mit einer sorgfältig ausgearbeiteten Erklärung über die Wahlfragen. Seine Ansprache war charakterisiert durch strenge Vermeidung jedes Hinweises auf seinen Gegner im Wahlkampf, den Feldmarschall von Hindenburg. Auch muß gesagt werden, daß sich der Redner befleißigte, alle Parteibitterkeit aus seinen Ausführungen fernzuhalten.

„Der Reichspräsident," führt Dr. Marx aus, „hat der Welt die Versicherung zu geben, daß wir entschlossen sind, unsere Politik der internationalen Aussöhnung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet weiterzuführen. Ein für allemal haben wir uns der Illusion zu entschlagen, daß wir in der Lage sind, uns auf politische Experimente einlassen zu können. Wir haben bereits hinreichend Lehrgeld bezahlt, um endlich einzusehen, daß unsere nationale Gesundung nur auf dem Wege einer andauernden und treuen Verfolgung der Politik der Versöhnung zu erlangen ist. Leeres Phrasen- und feurige Geiste, die weder Kraft noch Macht hinter sich haben, sind nur dazu angetan, das schlummernde Mißtrauen im Ausland gegen Deutschland neu zu erwecken."

Der Redner warnte vor politischen Experimenten, die zu einer Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens führen, die nationale Währung untergraben und das Vertrauen, das im letzten Jahr vom Ausland in das Deutsche Reich gesetzt worden, zerstören müßten.

Hinsichtlich der Weimarer Verfassung sagte Dr. Marx, Niemand glaube, daß dieses Dokument perfekt sei. Die Zeit zu einer Revidierung oder Ergänzung dieser Verfassung werde aber erst gekommen sein, nachdem Deutschland sein Haus in Ordnung gebracht habe. Bis dorthin sei es die Pflicht eines jeden deutschen Patrioten, für die Verfassung der Republik einzutreten.

Andere Position in der Gesellschaft der Völker, schloß der Exkanzler, „ist immer noch eine precäre. Besserer und Vorsicht haben unsere Politik zu leiten. Wir müssen alles vermeiden, was dazu angetan wäre, im Ausland den Eindruck hervorzurufen, wir suchten nicht etwa Versöhnung, sondern Rache."

Eine ähnliche Rede hielt Wilhelm Marx vor einer begeisterten Zuhörerschaft von 10,000 Menschen im Berliner Sportpalast.

(Bestere Mitteilungen über die deutsche Präsidentenwahl am nächsten Sonntag, 26. April, unter „Deutschland" auf Seite 2.)

Hinrichtung des Massenmörders Haarmann

Unter dem Fallbeil seine Verbrechen gesühnt.

Hannover, 20. April. — „Ich bin schuldig, meine Herren, aber so hart es auch sein mag, ich möchte wenigstens als Mann sterben."

Mit diesen Worten betrat Fritz Haarmann, der hiesige Fleischer, welcher der Ermordung von 26 Knaben und Männern überführt worden, die Richtstätte und wenige Minuten später fiel sein Kopf unter dem Fallbeil. Der Mann war ruhig und aufgeregt, gefiel sich aber in den gleichen dramatischen Gesten, gekünstelter Pranout, die bei ihm während seines sensationellen Prozesses beobachtet worden waren.

Unter den deutschen Strafgesetzen waren 12 unbescholtene Männer als Zeugen der Hinrichtung erkoren worden, die sich morgens 6 Uhr im Zylinder und Gehrock vor dem Schaffot versammelten, das durch einen Vorhang ihren Blicken entzogen war.

Der Richtblock war in einer entlegenen Ecke des Gefängnishofes aufgestellt worden. In nächster Nähe desselben befand sich ein Altar mit einem Kruzifix. Zur festgesetzten Stunde trat der Staatsanwalt an den Altar heran, um den sich der ganze Gerichtshof für den Haarmann seinerzeit verurteilt, zusammengefunden hatte. Noch einmal verlas der Staatsanwalt das gefällte Todesurteil, dem die Richter erneut beipflichteten. Haarmann wurde darauf in einem Sträflingsanzug geschlossen aus seiner Zelle geführt und vor seine Richter, seine die Zeugen der Hinrichtung gestellt. Nervös trat er, unter fortwährendem Blinzeln der Augen, einmal auf das andere Bein, legte aber weiter keine innere Erregung an den Tag.

Nachdem das Todesurteil erneut vom Staatsanwalt verlesen worden, wurde der Vorhang zurückgeschlagen, der den Richtblock verhüllt hatte und nun sahen es, als wurde der Massenmörder plötzlich von allen Todesschauern erfaßt. Wie vom Schlage gerührt stand er einen Augenblick da. Als dann langsam und feierlich die Totenglocke erklang, raffte sich Haarmann unter Aufbietung seiner ganzen Willenskraft zusammen, bekannte sich ohne ein Zeichen der Erregung schuldig und bereit, die verhängte Strafe über sich ergehen zu lassen, hinzufügend, er bereue seine schrecklichen Taten. Die Hinrichtung wurde von dem Nachrichter, Gröner aus Magdeburg vollzogen. Der Gefängnisarzt konstatierte den eingetretenen Tod. Die Richter und Zeugen zogen die Hüte und der Geistliche, welcher den größten Teil der letzten Nacht bei dem Delinquenten verweilt hatte, sprach ein Gebet.

Gegen asiatische Einwanderung.

Ottawa. — Die Forderung von British Columbia, in Canada ein Gesetz zum Verbot der asiatischen Einwanderung zu erlassen, wird in Ottawa noch in Erwägung gezogen. Die Frage wird, so besagt die Meldung, von der canadischen Regierung mit Rücksicht auf alle Verträge und im Lichte aller internationalen und aller anderen wichtigen Interessen behandelt.

(Die canadische Regierung sollte in das Problem der asiatischen Einwanderung hauptsächlich oder fast ausschließlich Maßstäbe anlegen, die zukünftige internationale Verwicklungen in Betracht ziehen. Unter keinen Umständen darf ein Schritt in dieser Beziehung unternommen werden, der letzten Endes nur einer Solidaritätserklärung mit den Vereinigten Staaten gleichkommen würde. Es stehen für Canada bei der Frage der asiatischen Einwanderung wichtigere Momente auf dem Spiel als viele ahnen.)

Kurdenführer gefangen.

Konstantinopel, 20. April. — Scheik Said, der Führer der aufständischen Kurden, ist von türkischen Truppen, die mit der Unterdrückung der revolutionären Bewegung beschäftigt sind, in der Nähe von Ghedich gefangen genommen worden. Nach einer Meldung aus Angora wird Scheik Said einem Kriegsgericht in Diarbekr überstellt werden.

Die türkischen Truppen haben in Diarbekr 20 und zu Mitte 4 Teilnehmer an dem kurdischen Aufstand standrechtlich erschossen. Scheik Said wird von dem Kriegsgericht wahrscheinlich zum Tode durch den Strang verurteilt werden.

Schreckensherrschaft in Bulgarien

Attentat auf König Boris.

Bombenexplosion in Kathedrale mit 160 Toten.

Sofia, 20. April. — König Boris von Bulgarien entging mit knapper Not dem Tode, als angeblich von Kommunisten ein Attentat auf ihn verübt wurde. Beinahe zur selben Zeit wurde in den Straßen der bulgarischen Hauptstadt der pensionierte General Georgijew, einer der Führer der Bewegung, durch die im Jahre 1923 die Regierung des Diktators Stambulijski gestürzt wurde, erschossen.

Auf den Kraftwagen, in dem sich der König mit zwei Begleitern und zwei Dienern befand, wurden aus einem Hinterhalt Schüsse abgefeuert, die zwei Personen töteten und den Chauffeur verwundeten. Einer der Getöteten war der junge Naturforscher und Museumsdirektor Altichew, der andere ein Diener des Königs.

Der König befand sich auf der Fahrt von Sofia nach der Provinzstadt Ochranje. Das Attentat ereignete sich an einer Stelle der Landstraße, wo diese durch Anhöhen zu beiden Seiten eingeengt ist. Die ersten Schüsse streckten Altichew nieder und verwundeten den Chauffeur, der bewußtlos wurde und beinahe aus dem Wagen fiel. Der König versuchte den Wagen zu drehen und da ihm dies wegen der Enge der Landstraße nicht möglich war, sprang er mit seinen Dienern aus dem Wagen und erwiderte das Feuer der sechs Angreifer. Eine Kugel streifte das Gesicht des Königs und riß einen Teil seines Schnurrbartes weg. Schließlich zogen sich die Attentäter zurück.

Wenige Minuten vorher hatte den königlichen Kraftwagen ein Motoromnibus passiert, der Passagiere und Briefschaften von Ochranje nach Sofia brachte. Der König und seine Diener ließen dem Omnibus nach und veranlaßten ihn, nach Ochranje zurückzufahren, von wo Truppen nach dem Schauplatz des Attentats eilten und die ganze Umgebung absuchten, ohne der Mordgesellen habhaft zu werden.

Man ist hier geneigt zu glauben, daß das Attentat nicht gegen den König, sondern gegen den Omnibus gerichtet war, den die Attentäter vielleicht berauben wollten. Es ist aber wahrscheinlich, daß das Verbrechen das Werk einer Bande kommunistischer Fanatiker war.

König Boris hat seit mehreren Monaten an der Unterdrückung der inneren Unruhen, die sich zu einer nationalen Krise entwickelt haben, aktiven Anteil genommen. Seit Wochen folgt ein Mord- oder Anschlag dem andern. Bald sind es Kommunisten, Anarchisten und Bäuernbündler, die einen Mord begehen oder einen Ueberfall verüben, bald sind es autonomistische oder föderalistische Mazedonier, die sich gegenseitig umbringen, bald wieder sind es Räuberbanden, halb politischer, halb verbrecherischer Färbung, die friedlichen Bürgern auf Landstraßen auflauern und sie berauben oder Gegner aus Dorf und Stadt herausholen, um von ihnen ein reiches Lösegeld zu erpressen oder sich ihrer in grausamer Weise zu entledigen.

Fast jede Woche hört man von Morden an angesehenen Bürgern und hochgestellten, im Dienst der Oeffentlichkeit stehenden Personen. Die südslawisch-bulgarische Grenze überschreitend, unternehmen Banden bulgarischer Flüchtlinge, die sich in Serbien organisieren und denen sich allerlei Gesichter anschließt, häufige Ueberfälle, welche die Grenzbevölkerung fortwährend aus ihrer Ruhe schrecken.

Sofia, 20. April. — Nach den neuesten Berichten wurden bei der Explosion einer Höllenmaschine in der Kathedrale von Sveti Kral während der Trauerfeier für General Georgheff 160 Menschen getötet, darunter 20 Frauen und 10 Kinder. Sechs Generale und dreißig andere Offiziere sind unter den Todesopfern.

(Fortsetzung auf Seite 5.)